

## Newsletter der GEW KV Bergstraße – August 2018

- 1.) **Bildung braucht bessere Bedingungen – Aufruf zur Demonstration der GEW Hessen**
- 2.) **Nachbetrachtung Podiumsdiskussion – Lehrer sollen wieder mehr Lehrer sein**
- 3.) **GEW mahnt Überlastung der Kolleginnen und Kollegen an**

- 1.) **Bildung braucht bessere Bedingungen – Aufruf zur Demonstration der GEW Hessen**



Die GEW Hessen ruft alle ihre Mitglieder sowie alle in Bildungsfragen Engagierten auf, sich an den Demonstrationen und Kundgebungen am Samstag, den 22. September 2018 zu beteiligen und das Anliegen „Bildung braucht bessere Bedingungen – 500 Millionen für Bildung sofort!“ laut und deutlich in den Hessischen Wahlkampf zu tragen.

### Zeitlicher Ablauf der Demonstration in Frankfurt

- |           |  |
|-----------|--|
| 9.45 Uhr  | Auftakt DGB Haus, Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77, Frankfurt – Nähe Hbf |
| 10.30 Uhr | Demo   |
| 11.55 Uhr | Kundgebung Opernplatz (Alte Oper)                                    |

**Bitte beachten: Den kompletten Aufruf sowie eine Liste und ein Schreiben der GEW Bergstraße zur Organisation/Anreise zur Demo am 22. September 2018 in Frankfurt findet Ihr im Anhang!**

- 2.) **Nachbetrachtung Podiumsdiskussion – Lehrer sollen wieder mehr Lehrer sein**

Einen leichten Stand hatte Landtagsabgeordneter Alexander Bauer (CDU) nicht bei der Podiumsdiskussion „Schulen am Limit im Bildungswunderland Hessen“, zu der der Kreisverband Bergstraße der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Vertreter der Parteien im hessischen Landtag nach Bensheim-Auerbach eingeladen hatte.



Zahlreiche Besucher, überwiegend Lehrkräfte aus dem Kreisgebiet, und auch die Vertreter der Oppositionsparteien im Landtag konnten die Vorstellungen des Unionspolitikers nicht gänzlich teilen. Bauer verwies in seinem Statement auf eine Lehrerstellenanzahl in Hessen, die so hoch wie noch nie zuvor sei. Zudem habe die Landesregierung die Bildungsinvestitionen in den letzten Jahren deutlich erhöht. Darüber hinaus habe Hessen die niedrigste Schulabbrecherquote.

So positiv fiel die Analyse von Julia Schnepf, Vorstandsmitglied des Bergsträßer Kreisverbands der Partei Die Linke, nicht aus, die die kurzfristig ausgefallene bildungspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, Gabi Faulhaber, vertrat. Sie verwies auf die jüngst veröffentlichte Studie des Forschungsinstituts für Bildungs- und Sozialökonomie (FiBS) zur Prognose der Schülerzahlen und des Lehrkräftebedarfs in Hessen bis zum Jahr 2030. Diese weise einen deutlichen Mehrbedarf an Lehrkräften aus.

Misstände müssten beseitigt werden, um den Lehrerberuf attraktiv gestalten zu können. So ist aus Sicht der Linken etwa eine A13-Besoldung auch für Grundschullehrkräfte eine absolute Notwendigkeit. Auch müsse dafür gesorgt werden, dass befristete Verträge, bei denen am Ende die Lehrkräfte sogar ohne Sommerferienbezahlung dastehen, ein Ende finden. „Solche Dinge sind bodenlose Sittenwidrigkeiten“, so Julia Schnepf.

Auch Moritz Promny, Bezirksvorsitzender der FDP Südhessen-Starkenburger, verwies darauf, dass nicht ausgeblendet werden dürfe, dass noch immer an hessischen Schulen viele Stunden ausfallen. Von daher müssten eine Lehrerversorgung von mindestens 105 Prozent und die Unterstützung der Lehrkräfte durch pädagogisches Fachpersonal zwingend gegeben sein.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Karin Hartmann sprach sich für eine deutliche Entlastung der Lehrkräfte im Bereich der Verwaltungsaufgaben aus. Auch müsse in den Schulen echte Schulsozialarbeit gewährleistet werden. Zudem sei eine bedarfsgerechte Personalplanung nötig. „Ich weiß, dass wir keine Lehrer und Sozialarbeiter backen können, deshalb brauchen wir mehr Investitionen in die Studiengänge von sozialen Berufen“, plädierte Hartmann für die Attraktivitätssteigerung dieser beruflichen Bereiche. Mit Mehrinvestitionen soll nach der SPD auch die frühkindliche Bildung komplett kostenfrei werden. Eine A13-Besoldung für Grundschullehrkräfte könne deshalb nicht sofort umgesetzt werden, müsse aber perspektivisch anvisiert werden. Bauer verwies in diesem Zusammenhang darauf, dass eine A13-Besoldung für diesen Personenkreis aufgrund der geringeren Ausbildungsdauer beamtenrechtlich nicht so einfach umzusetzen sei.

Promny hielt fest, dass trotz einer gestiegenen Lehrerstellenzahl nicht ausgeblendet werden dürfe, dass die Aufgabenlast sich deutlich erhöht habe, weshalb es mit Stellen allein nicht getan sei. „Wir wollen als FDP deshalb auch, dass Schulen mehr Freiheit und Eigenverantwortung bekommen. Sie wissen am besten, wo die Ressourcen benötigt werden“, sagte Promny. Insbesondere müssten Lehrkräfte auch von einer überbordenden Bürokratie befreit werden. Dass vereinzelt Lehrkräfte sich überlastet fühlen könnten, hielt Bauer für möglich. Jede Überlastungsanzeige sei auch ernst zu nehmen, doch seien in Hessen lediglich 95 Überlastungsanzeigen eingegangen. Elke Fischer vom Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße wies dabei aber darauf hin, dass die Zahlen nicht exakt seien. Das Kultusministerium habe Überlastungsanzeigen aus Schulen, die zur allgemeinen Entlastung kollektiv vom Kollegium formuliert wurden, einfach zusammengefasst.

Das Unterrichten, also die Kernaufgabe des Lehrerberufs, müsse wieder deutlich in den Vordergrund gerückt werden, darin waren sich alle Vertreter auf dem Podium einig. „Wir haben Probleme erkannt und haben sie angepackt. Wir sind noch nicht angekommen, aber wir befinden uns auf dem Weg“, unterstrich Bauer.

Julia Schnepf merkte an, dass Die Linke dafür plädiere, einen anderen Bildungsbegriff mehr in den Fokus zu rücken, der Kinder nicht als Mittel zum ökonomischen Zweck sehe, sondern deutlich mehr Wert auf die Herausbildung demokratischer und mündiger Bürger sowie tatsächlicher Chancengleichheit in der Bildung legt. „Es muss zudem darauf geachtet werden, dass eine gute Erfüllung des Lehrerberufs nicht auf einem hohen Anteil ehrenamtlicher Arbeit beruht, wie es derzeit ist“, so die Linken-Vertreterin.

Die SPD-Abgeordnete Hartmann plädierte dafür, in einer Sachstandsanalyse die aktuelle Situation und die damit verbundenen Probleme aufzuarbeiten. Dabei sei es dringend geboten, Lehrerverbände und Lehrkräfte selbst in die Diskussion mit einzubeziehen. Von einer neuen Debatte um eine Veränderung des Schulsystems halte sie nichts. „Das würde nicht gerade dafür sorgen, dass wir endlich mal Ruhe ins System bekommen“, so die Sozialdemokratin. In diesem Fall unterstützte sie das Ansinnen von CDU-Mann Bauer: „Wir stehen weiter für ein vielgliedriges Schulsystem. Eine Einheitsschule wollen wir nicht.“

#### **Nachtrag:**

Leider gab es bis zum Zeitpunkt der Podiumsdiskussion keine Rückmeldung der Landtagsfraktion der Grünen auf unsere Einladung.

### 3.) GEW mahnt Überlastung der Kollegen an



Ein Mensch kriecht bereits am Boden. Er ist auf seinem Rücken beladen mit vielen Paketen und droht unter der Last zusammenzubrechen.

Was sich genau in diesen Paketen befindet, dafür hatten die Lehrkräfte, die Ende Mai an der Protestaktion des Bergsträßer Kreisverbands der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im Rahmen des Politischen Grillfests in Bensheim teilnahmen, zahlreiche Ideen.

Das Bild des zusammenbrechenden Menschen stellte die GEW als Grundlage zur Verfügung, um den Teilnehmern der Aktion die Möglichkeit zu geben, die Pakete mit bunten Kärtchen zu füllen, auf denen all das notiert wurde, was im Schulalltag zunehmend als Belastung empfunden wird und wo sich - nicht zuletzt auch im Sinne der Gesundheit der Lehrkräfte - einiges tun muss.

Es ist die Rede von zu großen Klassen, zu wenigen Lehrkräften, von Belastungen durch Lernstandserhebungen, zu viel Bürokratie, zunehmender Verwaltungstätigkeit, fehlender Rechtssicherheit etwa bei Klassenfahrten, fehlender Wertschätzung, zunehmend als Unternehmen geführte Schulen, massenhaft Förderplangespräche oder einer Inklusion, der allgemeine Konzeptlosigkeit attestiert wird. „Es lässt sich gut erkennen, wie vielfältig die Probleme der Kollegen sind und dass dringend Handlungsbedarf besteht“, meinte Holger Giebel vom Vorsitzendenteam der GEW Bergstraße.

Aufgrund zahlreicher Aufgaben und unzureichender Bedingungen hätten die Lehrkräfte immer weniger Zeit, um sich tatsächlich um ihr pädagogisches Kerngeschäft zu kümmern. „Es wurde in der Vergangenheit immer ein weiteres Päckchen auf die Schultern der Kollegen gelegt. Das war nie besonders viel, doch es kam eben immer ein weiteres hinzu, so dass irgendwann eben das Maß voll ist. Aus meiner Sicht ist es längst überfällig, dieses Handeln nicht länger zu dulden“, so Giebel.

Aus Sicht der Gewerkschafter wäre es möglich, umgehend erste Schritte zur Entlastung der Lehrkräfte einzuleiten. In diesem Zusammenhang erinnert die GEW an die von den meisten ungeliebten Lernstandserhebungen, deren Sinnhaftigkeit massiv angezweifelt wird. Sogar die Kultusministerkonferenz habe starke Zweifel am Sinn, halte aber dennoch am eingeschlagenen Kurs fest. „Mir ist es ein Rätsel, wie man etwas weiter verfolgen kann, von dem man selbst nicht im Geringsten überzeugt ist und im Endeffekt nur Menschen unnötig belastet“, fügte Giebel an.

Das große Problem sei, dass nicht genügend Ressourcen für die Bildung zur Verfügung gestellt würden, obwohl die Einnahmen gegenwärtig so hoch wie selten seien. „Nicht nur, dass es sinnvoll wäre, dieses Geld für kleinere Klassen, weniger Pflichtstunden oder der Finanzierung einer Inklusion einzusetzen, die diesen Namen auch verdient, es wäre auch problemlos möglich“, ist der Gewerkschafter überzeugt. „Leider ist dem Kultusminister und der schwarz-grünen Landesregierung die Bildung immer nur dann besonders viel wert, wenn es darum geht, ihre Sonntagsreden aufhübschen. Es ist schade, dass den wohlklingenden Sprechblasen praktisch niemals Taten folgen“, kritisierte Giebel.

Wenn ihr keine weiteren Newsletter/Informationen erhalten wollt, bitte per Mail abmelden an [info@gew-bergstrasse.de](mailto:info@gew-bergstrasse.de).